

Wirtschaft

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Wirtschaft“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis beträgt 3 Mark, halbjährlich 16 Mark, jährlich 32 Mark. Einzelhefte 10 Pfennige. Abbestellungen sind jederzeit möglich. Druck- und Verlagsanstalt: „Wirtschaft“ in Halle a. S., Postfach 17. Verleger: Hermann-Dammert 7431. Druck- und Verlagsanstalt: „Wirtschaft“ in Halle a. S., Postfach 17. Verleger: Hermann-Dammert 7431. Druck- und Verlagsanstalt: „Wirtschaft“ in Halle a. S., Postfach 17. Verleger: Hermann-Dammert 7431.

Die „Wirtschaft“ werden nach Halle'schen Verlagsanstalt, die Halle a. S. Verleger: Hermann-Dammert 7431. Druck- und Verlagsanstalt: „Wirtschaft“ in Halle a. S., Postfach 17. Verleger: Hermann-Dammert 7431. Druck- und Verlagsanstalt: „Wirtschaft“ in Halle a. S., Postfach 17. Verleger: Hermann-Dammert 7431.

Das deutsche Arbeitervolk und London.

Worum beruht eigentlich ein Staatsweien? Antwort: Auf allerlei Hoheitsrechten; nämlich Hoheit über die Währung, Hoheit über die Zölle, Hoheit über die Steuern, indirekte und direkte, Hoheit über den Verkehr (Eisenbahnen), Hoheit über die Wirtschaftsmachung. Und endlich darin, daß das Volk die Männer, welche die obersten Ämter innehaben, berufen und wieder abberufen kann.

Ein Staat, der diese Hoheitsrechte abgibt, ist eigentlich ein Staat mehr; er hat keine Souveränität mehr.

Wien hat die deutsche Reichsregierung gegenüber den Zöllen und indirekten Steuern. Der preussische Staat war gegründet auf die Ueberführung der Eisenbahn und die direkten Steuern; die obersten Beamten durften keinen Pfennig ausgeben, ohne daß die Volkswirtschaft ihm nachsprühte.

Durch die Revolution ist das deutsche Staatsweien eine Republik geworden, mit dem freieren Willkür der Welt, und der Souveränität dieses Staatsweiens ist ganz allein das deutsche Volk. Dieses Volk soll nach den Londoner Abmachungen versprechen: 1. die Zölle, 2. die indirekten Steuern, 3. den Verkehr der Eisenbahnen, 4. das Volk außerdem es sich gefallen lassen, daß das oberste Regiment von fremden Finanzkontrolleuren ausgeübt werden soll, welche von ihm nicht bezogen sind und welche von ihm nicht abberufen werden können. Endlich soll seine Weisheitsfreiheit unterworfen werden einer fremden Willkür.

Was bleibt da von einem wirklichen Staatsweien noch übrig?

Wenn gehört dieses Staatsweien, welches Deutsches Reich heißt?

Bisher gehörte es dir und mir, dem ganzen an den Proletariatien heruntergedrückten deutschen Volke, den deutschen Arbeitern, den zahllosen Angehörten, dem kleinen und mittleren Beamtenstand. Sie sind ja eigentlich die Souveräne des Reiches, und außerdem tragen sie seine Last durch die Steuern, welche sie aufbringen, direkt und indirekt durch ihr Verhalten, als da sind Zölle, Verbrauchssteuern, Umsatzsteuern. Diese Steuerkraft der Nation soll nun an draußen verpfändet werden: s. B. Weinbau mit Zöllen, Bier und Alkohol. Das wäre kein Unglück; denn der Deutsche raucht und trinkt immer noch zu viel. Aber diese Einmachungen sind längst von uns selbst befehl, um daraus die großen Beamtengehälter zu zahlen und die noch größeren Anwalts-, Witzens- und Wajentenen vom großen Krieg. Außerdem soll der Deutsche zahlen auf dem Umweg über die Eisenbahn die Tarife für sein Brotgetreide, für seine Rühentzelle und vieles andere sowie für seine Person, wenn er es nötig hat, zur Arbeit oder zur Erholung zu fahren.

Wozu sollen wir zahlen?

Im ersten Jahr gar nichts. Da streift man uns unserer eigenen Geld, damit wir den französischen Militarismus am Rhein und an der Ruhr bezahlen können. Später 1% und noch später 2% Milliarden Goldmark. Nicht viel; die letzte Summe ist nur normal soviel als das, was England an die Vereinigten Staaten zahlt.

Da der Gesamtetat des Reiches nicht ganz 6 Milliarden beträgt, so würde es bedeuten, daß wir fast beinahe 8% Milliarden aufbringen müßten, oder daß wir den Reichetat auf 3% Milliarden beschneiden müßten. Man aber besteht der Reichetat schon zur Hälfte aus Kriegesbedingten, Erwerbslosenunterstützung und sonstigen sozialen Auslagen. Es wird sich zeigen, daß für den schwer belasteten Rücken dieses Volkes schon ein Bruchteil der neuen Last unerträglich wird, weil die alte Last schon zu viel ist. Dann wird man nun neuem über dieses gemeinliche Volk zu Gericht sitzen, es für einen beschämigen Schuldner erklären und ihm die Ketten der Knechtschaft noch schärfer anlegen.

Wozu sollen wir zahlen?

Für die Befreiung von Rhein und Ruhr. Zwar ist der Rhein mitten im Frieden aus illegalen Gründen in die Ruhr gegangen und hat dort gehaust wie im Kriege. Jedoch wir müssen zahlen, um ihn wieder herauszubringen. Zwar ist die 15jährige Weisung des Rheinlandes ein Bruch der Millionen Waffentillansbedingungen, jedoch wir müssen zahlen, damit nur die Fristen erst anfangen zu laufen. Aber geht denn der Rhein nun aus der Ruhr, wenn wir zahlen? Das hatten unsere Staatsmänner geglaubt und wir alle mit ihnen, als sie nach London gingen. Aber siehe da, unsere Zahlung soll bleiben. Die Gegenleistung aber soll fehlen.

London vor dem Reichstag.

Kommunistenobstruktion — Vertagung des Reichstages.

Präsident Wallraf eröffnet um 14 Uhr die Sitzung des Reichstages am Freitag. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt der kommunistische Abgeordnete Ka die Bildung einer Beratung verschiedener kommunistischer Anträge.

Präsident Wallraf vermahnt sich dagegen. Als er dem Reichstagspräsidenten Dr. Marx das Wort erteilt, erheben die Kommunisten einen großen Lärm. Präsident Wallraf ruft den kommunistischen Abgeordneten Dr. Schwarz zur Ordnung und verfügt endlich seinen Ausschluß von der Sitzung. Als der Ausschluß nicht den wiederholten Aufforderungen des Präsidenten nicht folgt, unterbricht der Präsident die Sitzung auf fünf Minuten. Während der Pause bleibt Dr. Schwarz im Saale. Da er den weiteren Auforderungen wieder nicht Folge leistete, wird er auf 20 Sitzungstage ausgeschlossen. Der Präsident schließt um 4.15 Minuten die zweite Sitzung. Wd. Dr. Schwarz (Komm.) bleibt am nächsten Morgen im Saale, um sich bis nach 6 Uhr hinzieht, auf einen neuen Platz.

Am 17 Uhr eröffnet der Präsident die dritte Sitzung. Er teilt mit, daß sich der Reichstag mit dem Fall Dr. Schwarz beschäftigt habe und führt fort: Ich stelle fest, daß sich Schwarz noch im Saale befindet. Ich bin darum nicht in der Lage, die Verhandlungen weiterzuleiten und besäume daher eine neue Sitzung für morgen 10 Uhr vormittags an.

Der Bericht über die Reichstagsführung vom Sonnabend befindet sich auf Seite 2.

Die Deutschnationalen bleiben fest.

Die Deutschnationalen Volkspartei hat erneut erklärt, daß sie an der Ablehnung festhalte. Von allen Seiten, besonders aus den Kreisen der Industrie und des Handels auch aus dem besten Gebiet und von den dortigen Beamten gehen Erklärungen ein, um die Deutschnationalen einzuwickeln. Dagegen ist die Landvolkpartei ganz überwiegend für Ablehnung zu sein.

Man mache sich klar, was es innerpolitisch bedeuten würde, wenn die Deutschnationalen dem Drängen nachgäben, und Deutschnationale und Kommunisten die einzigen wären, die sich auf ihre Ablehnung berufen könnten, wenn die Franzosen die Ruhr künftig nicht räumen sollten, und überhaupt die Londoner Verpflichtungen sich als völlig untragbar herausstellten: das würde die Diktatur des Radikalismus in schärfster Form bedeuten.

Kreditwürdigkeiten im Falle der Ablehnung?

In der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages erklärte der Reichstagspräsident Dr. Schmidt, daß die Stabilität der Währung auf jeden Fall durchgesetzt werde, allerdings seien dazu im Falle der Ablehnung der Londoner Beschlüsse weitere Kredit-

eingränkungen, auch gegenüber der Landwirtschaft, notwendig, womit er jedoch keinesfalls eine Drohung aussprechen wolle. Der Abgeordnete v. Graefe (Nat.-Soz.) erklärte daraufhin, daß er auch keine Drohung ausspreche, aber die Landwirtschaft sei ihrerseits in der Lage, darauf in empfindlicher Weise zu antworten.

Die Erklärung Dr. Schachts nicht doch einen leisen Druck zur Annahme der Londoner Ergebnisse ausüben sollte und insofern nicht rein inhaltlich war, sei dahingestellt, jedenfalls ist sie von einem Hinweis darauf geantwortet worden können, daß eine andere Finanzpolitik des Reichsfinanzministers Dr. Lutzer vielleicht in der Lage sein würde, die etwa aus der Ablehnung sich ergebenden Finanzschwierigkeiten völlig über zum größten Teil zu beheben: Aus der volksparteilichen „Nationalliberalen Korrespondenz“ ergibt sich — worauf auch der Reichslandbund hinweist — daß vom November 1923 bis Juli 1924 vom Reich 568 Millionen Mark Goldmark aus dem Reiches bis zum 23. Juli 667 Millionen Goldmark annehmen konnte und außerdem einen Devisenlohn im Werte von 500 bis 600 Millionen Goldmark geschaffen hat. Auf diese Weise sind der Reichsfinanzminister weniger als rund 1,2 Milliarden Goldmark entzogen worden. Ferner sind die Steuerentnahmen des Reiches im Juli wiederum um 110,85 Millionen Mark gestiegen.

Bei anderer Steuer- und Weizenannamepolitik und bei größerer Sparsamkeit im Staatshaushalt — der noch immer viel zu hoch ist — dürfte die von Dr. Schacht andeutete Kreditgefahr zu vermeiden sein, wenn nur der Wille da ist, an Stelle der Schuldensumme, die uns nur lächerbare Erleichterungen schafft und auf die Dauer immer mehr ruiniert, eine solche Sparwirtschaft treten zu lassen.

Englische Stimmen.

Der durch den Schatzkanzler Snowden in England eingeleitete Kampf der Meinungen über die Londoner Konferenz nimmt immer größeren Umfang an. Die „Morning Post“ und „Westminster Gazette“ greifen hervortritt an, weil er in seiner Regierungserklärung zu verstehen gegeben hat, daß die Ruhräumung nur erfolgen werde, wenn Deutschland allen Verpflichtungen, ob erfüllbar oder unerfüllbar, nachkommt, insbesondere auch in der Entwaffnungsfrage — und weil die Behauptung des Kölner Brückentopfes über die Frist des Verfallens des Vertrages verlängere.

Aus der englischen Pressestelle ergibt sich auch, daß von unseren Delegierten in London nicht erreicht ist, die schwebende Angelegenheit des Reiches in Bezug auf den Ruhrkampf nicht herbeizuführen.

Man sieht: weder die Ruhr wird frei die Engländer selber zwischen ernsthaft an Einbindung der Kohlefrist, noch besteht irgendeine Hoffnung, daß die Franzosen die Räumung der Ruhr auf dem Rheinland in zu Kauf setzen. Mit der „Mündigkeit“ auf die Bewohner der besetzten Gebiete kann man also die Annahme der Londoner Beschlüsse wirklich nicht begründen.

Niemand kann uns mehr zwingen, als wir schon gezwungen sind. Die Methode Poincarés hat ihren Höhepunkt überschritten. Es gibt Beispiele genug in der Geschichte, wo das entschlossene Nein des Unterlegenen den Sieger matt setzte. Verloren ist nur der, der sich verloren gibt.

Verloren wird es einmal mit einem guten Nein. Es wird sich zeigen, daß gegenüber der Welt, nämlich dem schwer beschafften Frankreich, und gegenüber der anderen Großmacht, nämlich dem internationalen Bankkapital, das von Mr. Morgan und seinen Beamten Mr. Dawes und Mr. Young geführt wird, — es noch eine dritte Großmacht gibt: das ist der deutsche Arbeiter und das gesamte proletarisierte deutsche Volk. Aber zahlt, ist immer der Stärkere gegenüber dem, welcher bezahlet sein will. Besonders in der internationalen, großen Politik ist das so.

Daß der deutsche Proletariatieroff, fühle einmal den Stolz der Geusen, des Welters, der von dem abern um bettelt wird. Erhebe dich und richte dich auf als dritte Großmacht, welche dich du bist. Du bist ohne Kanonen und Flugzeuge.

Erlebe: Ich zahle höchstens eine Milliarde jährlich. Mehr nicht.

Zweitens: Ich will keine remden Konzepte im Land; denn ich zahle ohne die letzten.

Drittens: Ich zahle erst, wenn der Franzose raus ist. Dr. G. W. Schiele.

Politik für Raucher.

Nur ein Sonntagsgesetz?

Daß die Politik und der Tabak etwas miteinander zu tun haben, das steht jeder. Man denke nur an politische Versammlungen und Diskussionen: was da zusammengekauert wird. Je mehr Rauch, desto mehr Politik und umgekehrt. Politik ohne Tabak, eine Politik für Nichtraucher, kann man sich eigentlich gar nicht so recht vorstellen. Nicht etwa nur bei uns Deutschen: es ist ganz gewiß kein Zufall, sondern etwas geradezu natürliches, daß schon die Erfinder des Tabakrauchens, die Spanier, sich unvorstellbar mit Tabakrauchen, mit einer Tribunespiele, beschäftigten.

Im Anfang geht's mit der Politik wie mit dem Rauchen: erst muß man die natürliche Neigung gegen den Rauch und die leichte Hebelkraft nach den ersten Zügen überwinden. Aber hat man sich erst an die Politik gewöhnt, dann kann man Tag für Tag das ganze Zeug herunter, daß es nur so raucht.

Schritt nach Schritt ist ein politischer Geschmack genau wie der Rauchergeschmack aus: beim Rauchen des Rohkopfes bleibt auch in der Politik so leicht niemand. Auch in der Politik haben nicht nur die einzelnen Menschen, sondern ebenso die einzelnen Völker ihren bestimmten Rauchergeschmack: die Russen und sämtliche zornigen Völker am Mittelmeer wie in Süd- und Mittelamerika rauchen fast ausschließlich Zigaretten, die Yankee und Engländer bevorzugen die kurze Pfeife, und die Deutschen und ihre allernächsten Verwandten sind die einzigen richtigen Zigarettenraucher. Soweit sie nicht die halblangen Pfeifen rauchen, die den anderen Völkern nahezu unbekannt ist.

Das alles sind keineswegs Zufälle, sondern Ausdruck ganz verschiedener Geschmäcker — im Rauchen wie in der Politik. Die preussische Staatsgewinnung und der preussische Tabakbau — beides durch Friedrich den Großen geschaffen — stehen in engstem Zusammenhang. Auch das in Deutschland um 1900 herum plötzlich das Zigarettenrauchen neben dem Zigaretten- und Pfeifenrauchen wurde, ist ein Lebenszeichen, ein Zeichen für unvorstellbare Körperliche und Revolution: denn gewohnheitsmäßige Zigarettenraucher, ob die Einzelnen oder die zigarettenrauchenden Völker, sind alle irgendwie leichtig, unflät, revolutionär, genau so wie Zigarettenraucher abolut unrevolutionär, geradezu die Verkörperung der Lokalität und bürgerlichen Solidität sind.

Warum das so ist, weiß ich nicht, aber es ist so. Wenn man uns, Deutsche nach dem Einkommen, was wir rauchen, würde man eine der Parteizugehörigkeit recht nahekommende Gruppierung erhalten: die eigentlichen Revolutionäre — nicht im Sinne der Novemberrevolution zu verstehen, die eine Bewegung von Pfeifenrauchern, alle keine richtige Revolution war, Pfeifenraucher, die sich im Kriege mehr an Zigarettenrauchen gewöhnt hatten, als ihrem Charakter entsprach — die richtigen Revolutionäre sind auch bei uns Zigarettenraucher, oder sie rauchen Kaffee verdrängter Sorte.

Die Pfeifenraucher, das sind die Bürgersekte, die Sozialdemokraten, Demokraten und vielleicht auch stufstehende Volksparteier. Der Tabak und die Pfeife bestimmen ihre politische, ihre „bürgerliche“ Richtung. Wie das, was sie rauchen, zum allergrößten Teil Inlandserzeugnis, aus der Pfalz, vom Elbsaale aber aus der Gegend von Frankfurt a. M. D. h. ist auch ihre Politik ganz nordwestlich Inlands, d. h. Innenpolitik. Nur hier und da leitet man sich mal eine Zigarre mit ausländischem Deblakt, nur hier und da einmal eine außenpolitische Betrachtung.

Diese Gruppe der Pfeifenraucher geht unmerklich in die Gruppe der Zigarettenraucher über — genau so in der Politik. Aber da, wo der Raucher von Qualitätszigaretten anfangen, fängt auch politisch eine andere Gruppe an.

Qualitätszigaretten, das sind solche aus ausländischem Tabak. Bei den Deutschen, die in Deutschland verfertigte Zigaretten aus ausländischem Tabak rauchen, herrscht das Interesse und Verlangen für Außenpolitik, und zwar — als ob die deutsche Arbeit in der Zigarre das bewirkte — für nationale Außenpolitik. Bei den Leuten dagegen, die reine Importen, reines Auslandsprodukt rauchen, herrscht zwar auch Interesse und Verlangen — und zwar das allererste — für Außenpolitik. Aber nicht für die nationale, sondern für die internationale Außenpolitik. Das sind gewisse Kreise von Großhändlern, Großbankiers usw., die ihrer Zigarre wie ihrer Politik nach eigentlich gar nicht mehr zu den deutschen Rauchern und Parteien gehören, wie sie überhaupt in London über Raucher wohnen würden, wenn sie nicht zufällig ihr Geschäft in Deutschland hätten, und



